

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

34 (9.2.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatszeiten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Samstag, den 9. Februar 1952

Nr. 34

Deutsche Mitwirkung bei der Verteidigung

Klarstellung der deutschen Situation ist Vorbedingung - Historische Entschließung des Bundestages

Bonn (UP). Der Bundestag billigte in namentlicher Abstimmung mit 204 gegen 156 bei sechs Stimmenthaltungen eine von den Koalitionsparlamenten vorgelegte Entschließung, in der die Verpflichtung Deutschlands zur gleichberechtigten Teilnahme an der Verteidigung des Westens anerkannt wird. In dieser Resolution heißt es: „Wir bekennen uns erneut zur Vereinigung Europas in einem Bund, der alle freien europäischen Völker mit gleichen Rechten und Pflichten zusammenschließt“. Angesichts der Weltlage könne sich die werdende europäische Gemeinschaft der Pflicht nicht enthalten, in Zusammenarbeit mit den anderen Völkern der freien Welt, die Grundrechte der Freiheit und der Demokratie zu verteidigen. „An dieser Aufgabe wird Deutschland als gleichberechtigter Partner mitwirken in der Erkenntnis, daß es gegenüber den Feinden der Freiheit keine Neutralität gibt. In Frieden und Freiheit wollen wir das ganze Deutschland wieder vereinen.“

Ergänzt wird diese Entschließung durch eine zweite, in der gefordert wird, daß — solange die Bundesrepublik noch nicht Mitglied der NATO ist — Vereinbarungen getroffen werden müssen, um für die Bundesrepublik die Rechte zu sichern, die dem Gedanken der europäischen Verteidigungsgemeinschaft als einem freiwilligen Zusammenschluß gleichberechtigter Partner entsprechen. Ebenso angenommen wurde die von den Regierungsparteien vorgelegte Entschließung, welche die Bundesregierung auffordert, in den Verhandlungen über den finanziellen Verteidigungsbeitrag dafür einzutreten, daß die Bundesrepublik bei der Einschätzung ihrer Leistungsfähigkeit nach den gleichen Maßstäben behandelt wird wie die übrigen Staaten der westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Außerdem müßten die deutschen Sonder-

belastungen hinreichend berücksichtigt werden, zumal die deutsche Steuerbelastung bereits die höchste aller europäischen Länder sei.

In einer weiteren Entscheidung verlangte der Bundestag, daß die als Kriegsverbrecher beschuldigten Deutschen freigelassen werden, soweit es sich nicht um von den einzelnen zu verantwortende Verbrechen im hergebrachten Sinn des Wortes handle. Das gelte für diejenigen Deutschen, die unter der Beschuldigung des Kriegsverbrechens entweder von den alliierten Gerichten bereits verurteilt oder noch ohne Urteil festgehalten seien. Eine objektive Prüfung der Einzelfälle habe unverzüglich zu erfolgen.

Endlich sprach der Bundestag die Erwartung aus, daß die Bundesregierung alles tut, damit die Saarbevölkerung ihre politischen Freiheiten entsprechend der Charta der UN endlich zurückerhält. Er wandte sich „mit Entschiedenheit“ gegen den Versuch der französischen Regierung, vor Abschluß eines Friedensvertrages die Entscheidung über das politische Schicksal der deutschen Saarbevölkerung vorwegzunehmen.

Der zweite und letzte Tag der großen Wehrdebatte im Bundestag stand im Zeichen einer nochmaligen teilweise sehr ausführlichen Abgrenzung der Standpunkte. Besondere Spannung lag über dem Haus, als sich Bundeskanzler Adenauer nochmals mit den Argumenten der SPD auseinandersetzte, die von Dr. Arndt und insbesondere von Prof. Carlo Schmid mit großer Schärfe vorgetragen wurden — begleitet von turbulenten Szenen und lauten Beifalls- bzw. Mißfallenskundgebungen. (Das Protokoll ergab, daß Adenauer am Vortag von 4 KPD-Abgeordneten durch 183 Zwischenrufe unterbrochen wurde.)

wandte darauf ein, die Alliierten hätten inzwischen eine Reihe von Wünschen bereits revidiert. So sei die Forderung nach Evolutionsbefugnissen und die Forderung nach einer Aufrechterhaltung des Gesetzes Nummer 63 fallen gelassen worden.

Rückwirkungen auf den Lastenausgleich?

Dr. Kather von der CDU unterstrich, daß die Vertriebenen auch nicht um den Preis einer Wiedergewinnung der Heimat einen Krieg wünschten. Unter grundsätzlicher Anerkennung einer Beteiligung an der europäischen Verteidigung sprach er die Befürchtung aus, daß die Verteidigungslasten auf Kosten des Lastenausgleichs gehen würden. Allein die soziale Ordnung könne die Ideologie des Ostens wirksam von innen her bekämpfen. Im Namen der Föderalistischen Union verlangte Dr. Decker u. a. volle Gleichberechtigung, keine Wehrpflicht, angemessenen Schutz der Zivilbevölkerung und echte Verteidigung entlang der Ostzonenengrenze.

In die weiterhin oft recht stürmische Debatte griff als erste Frau die CDU-Abgeordnete Braukstiepe ein und drückte die Überzeugung aus, daß die deutschen Frauen und Mütter gegenüber der Gefahr aus dem Osten zum „kleineren Übel eines deutschen Wehrbeitrags“ zur Stärkung Europas „Ja“ sagen werden. Der DP-Abgeordnete Dr. von Merkatz warf der Opposition eine Förderung der nihilistischen Zersetzung im Volk vor. Ebenso wie es im Völker- u. Staatsleben so etwas wie ein „Notwehrrecht“ gebe, sei die Wehrhoheit ein „natürliches Bundesrecht“.

Der Abgeordnete Schröder untermauerte die Auffassungen der CDU mit weiteren Argumenten, während Bundestagspräsident Ehlers, der als CDU-Abgeordneter sprach, sich vor allem „aus christlicher Verantwortung“ für eine aktive Unterstützung der Verteidigung der christlichen und freien Welt einsetzte.

Dr. Mühlentfeld von der Deutschen Partei erklärte, besonders nach den von der Opposition vorgebrachten Argumenten stehe ein klares „Ja“ seiner Parteifreunde fest. Die Lage Deutschlands zwinge zu einer Entscheidung, um für die Zukunft den Frieden und die Freiheit zu sichern. „Mit tiefem Ernst, aber nicht mit Begeisterung, bekennen wir uns zum Verteidigungsbeitrag“, erklärte er u. bat abschließend die deutschen Männer, die einst bereit waren, „für Deutschland zu sterben“, daß sie jetzt bereit sein möchten, für Deutschland zu leben und zu arbeiten.

Die Überschwemmungen in Südfrankreich verursachten einen Gesamtschaden von etwa 13 Millionen DM. Die Zahl der Todesfälle wird mit 12 angegeben.

Bundespräsident Heuss überreichte bei seinem Besuch in Bremen dem früheren Hafenskapitän Hauptmann das Bundesverdienstkreuz.

Die Londoner Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs, an der auch Bundeskanzler Adenauer teilnehmen sollte, soll, wie aus Washington verlautet, bis nach der Beisetzung des englischen Königs verschoben werden.

Der Massenaufmarsch der Sowjets

Der Bundeskanzler antwortete am Vormittag zunächst auf den Vorwurf Dr. Arndts (SPD), der Kanzler werde durch die „Bundestagsentscheidung“ in absehbarer Zeit Verträge unterzeichnen können, durch welche die deutsche Jugend wieder bewaffnet würde, und daß er bereits in einem Memorandum vom 29. August 1950 seine Bereitschaft zu einem deutschen militärischen Beitrag der Bundesrepublik erklärt habe. Damit sei auch eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß er eine Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung einer eigenen nationalen militärischen Macht ablehne. Der Kanzler gab bekannt, daß über erste SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher nach Ausbruch des Korea-Krieges vom amerikanischen Hochkommissar McCloy nach dessen eigenen Angaben die sofortige Stationierung von 60 bis 70 anglo-amerikanischen Divisionen in Deutschland verlangt habe. Im übrigen, so führte der Kanzler aus, habe die Bundesregierung dem Bundestag nichts vorgelegt, was der Regierung eine Vollmacht erteile.

Bei dieser Gelegenheit gab der Kanzler dem Pleum Kenntnis von weiteren Einzelheiten des Memorandums, das auch über den damaligen Stand sowjetischer Truppenansammlungen in der Ostzone spezifizierte Angaben macht und den „Massenaufmarsch“ der Sowjets einen ausgesprochenen Offensiv-aufmarsch nennt. Dr. Adenauer betonte erneut, daß sich jeder, der einen Beitrag ablehne, angesichts dieser Drohung vor seinem Gewissen und dem deutschen Volk verantworten solle. In diesem Zusammenhang dementierte Dr. Adenauer übrigens die angebliche Erklärung des belgischen Kriegsministers, kein deutscher General dürfe Korpskommandeur werden; im Vertragsentwurf stehe das Gegenteil.

Der SPD-Sprecher erklärte demgegenüber, daß der Kanzler kein Recht habe, unter den gegebenen Umständen in naher Zukunft Verträge zu unterschreiben, wonach deutsche Truppen aufgestellt werden sollen. Er behauptete, die Außenpolitik des Bundeskanzlers habe keinen Rückhalt im deutschen Volk, das auch der im Generalvertrag angeblich zustandegekommenen Gleichberechtigung angesichts des Falles Kemritz, des Verbots der Remontagen, angesichts der „Fremdenlegion“, die alliierte Dienstgruppen genannt werden, und angesichts des französischen Verhaltens an der Saar mißtraue. Arndt vertrat die Meinung, daß die USA ihre Position in Europa auch bei einem „Nein“ der Deutschen zum Wehrbeitrag nicht aufgeben könnten, um ihre Stellung gegenüber den Sowjets nicht selbst zu gefährden.

Carlo Schmid bezweifelt Gleichberechtigung Prof. Carlo Schmid wurde am Nachmittag vom Bundeskanzler vorgeworfen, in seiner Rede vertrauliche Mitteilungen Dr. Adenauers zur Argumentation verwendet zu haben. Seine Kritik richtete sich vor allem gegen

die Unterstellung des SPD-Sprechers, dem Provisorium der Bundesrepublik sei es gar nicht erlaubt, Statusverträge abzuschließen. Adenauer entgegnete, das Grundgesetz sehe ausdrücklich die Mitwirkung Westdeutschlands auch für jene Deutschen vor, die noch nicht mitentscheiden dürfen. Carlo Schmid hatte dann auf ihm bekannte Einzelheiten der bisherigen Abmachungen in den deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen hingewiesen, die in keiner Weise die Gleichberechtigung Deutschlands sicherstellten, sondern eine Deklassierung des deutschen Volkes bedeuteten.

Schmid meinte, die „Einheitsklausel“ im Generalvertrag sei politisch unwirksam, weil die Grenzen, innerhalb derer Deutschland wiedervereinigt werden soll, nicht festgelegt seien. In den Zusatzverträgen würde das Besatzungsverhältnis zementiert. Fremde Truppen in Deutschland würden nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen mehr Rechte haben, als fremde Truppen in anderen Ländern nach dem Atlantikpakt. Der Kanzler

Ollenhauer lehnt Adenauers Politik ab

Der zweite Vorsitzende der SPD griff den Bundeskanzler kurz vor Schluß der großen Wehrdebatte in ungewöhnlich scharfer Form an und legte ihm nahe, dem Beispiel englischer Regierungen zu folgen und den Weg für Neuwahlen freizumachen. Die Außenpolitik Dr. Adenauers habe ein völliges Fiasko erlitten. „Ehe wir die Frage einer sinnvollen Beteiligung an der Verteidigung bejahen können“, so fuhr Ollenhauer fort, „müssen wir wissen, nach welchen strategischen Gesichtspunkten die USA dieses Europa überhaupt verteidigen wollen“, erklärte der SPD-Abgeordnete. Es gäbe aber darüber noch keine verbindliche amerikanische Erklärung.

Zu tumultartigen Szenen kam es, als Ollenhauer dem Bundeskanzler vorwarf, daß er sich in innerdeutschen Angelegenheiten auf einen Hochkommissar (McCloy) berufen habe. Die Erklärungen des französischen Außenministers Schuman vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung über Verteidigungsfragen nannte Ollenhauer ein klares und eindeutiges Bild des Fiaskos der Außenpolitik des Bundeskanzlers. Die SPD sei darum nicht bereit, die Politik der Bundesregierung mit zu unterstützen. „Wir lehnen sie ab, weil wir überzeugt sind, daß auf diesem Wege die gleichberechtigte deutsche Politik nicht geschaffen werden kann“.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Heinrich von Brentano nahm zu einer kurzen Erwiderung das Wort und gab bekannt, daß der Entwurf eines Vertrages über die Europa-Armee ausdrücklich festlegte, daß jeder Angriff auf deutsches Bundesgebiet die automatische Bei-

standspflicht der übrigen fünf Mitglieder der Verteidigungsgemeinschaft und der NATO vorsehe. Zuvor hatte er die SPD aufgefordert, unmißverständlich auf die Frage zu antworten, ob sie die Freiheit Deutschlands verteidigen wolle und ob sie den Frieden Deutschlands sichern wolle oder nicht. Brentano warf der SPD vor, zu dieser Frage vor dem deutschen Volk im Gegensatz zu den Regierungsparteien nicht eindeutig Stellung genommen zu haben.

Vor der Abstimmung über die Resolutionsanträge der Regierungsparteien erklärte der Abgeordnete Schütte, die SPD stimme als Ausdruck ihrer eindeutigen Ablehnung der Politik der Bundesregierung gegen alle von den Fraktionen der Regierungsparteien eingebrachten Anträge ungesachtet des sachlichen Inhalts. Die SPD lehne insbesondere den Verteidigungsbeitrag unter den gegenwärtigen Voraussetzungen und die Verhandlungsmethode der Bundesregierung ab; sie bestreite vor allem aber die Kompetenz dieses Bundestages, über eine mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag verbundene Frage zu entscheiden. Die Schaffung einer Wehrverfassung verstoße nach Auffassung der SPD gegen das Grundgesetz.

Adenauer: Ein gutes Friedenswerk „Wir haben bestimmt ein gutes Werk für den Frieden getan“, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer nach Schluß der Wehrdebatte. Er gab der Auffassung Ausdruck, daß das Ergebnis der Abstimmung über die Entschließungen auch bereits das spätere Endergebnis in der Frage des Wehrbeitrages widerspiegele.

Abenteuer in Neapel

Von Emil Schwamberger

Dr. Emil Schwamberger, früher Oberbürgermeister von Ulm und nach dem Kriege als Ministerialdirektor im Stuttgarter Innenministerium, verdienstvoller Mitarbeiter am Verwaltungsaufbau von Württemberg-Baden, feiert am 9. Februar seinen 70. Geburtstag. Rechtzeitig zu dessen Feier veröffentlichte der Verlag Kurt Haslsteiner, Stuttgart, unter dem Titel „Zitronen und Orangen“ ein mit prächtigem Humor geschriebenes Buch Emil Schwambergers mit bunten Erlebnissen bei Italienfahrten. Ihm entnahmen wir folgende Kostprobe:

Der erste arbeitsbefähigte Neapolitaner, der uns begegnete, war ein schöner Herr mit einem ungewöhnlich großen Einglas im rechten Auge. Kaum war unser Zug im Bahnhof eingefahren, stand er vor uns und fragte in gebrochenem Deutsch, ob wir fremd wären, und ging, ohne eine Antwort abzuwarten, mit unserem Gepäck davon. Das war nicht ungewöhnlich und für uns recht amüsant. Wir wehrten uns also nicht dagegen, trottelten hinter ihm her, neugierig, was uns Neues beschieden sein sollte. Wir landeten in einem großen, büroanfällig eingerichteten Raum im Bahnhofsgelände, und unser Mentor stellte unser Gepäck in eine Reihe anderer Koffer, als wären sie ihm zur Aufbewahrung anvertraut. Ich bat meine Frau, mich vor dem Bahnhof zu erwarten. In einem Strom leidenschaftlicher Rede empfahl uns der Einglasemann die „beste“ Pension Neapels, herrschaftlich und sehr intim bei unverhältnismäßig niedrigen Preisen. Einwendungen waren mir nicht möglich, wenn ich auch nur den Mund zum Sprechen formte, kam schon ein neuer Wortschwall über mich, wobei ihm immer wieder das Einglas aus dem Auge sprang. Auf meine Frage nach den besonderen Vorzügen dieser Unterkunft bemerkte er, da halte er es mit dem lieben Herrgott, der standhaft davon absehe, die Geheimnisse seines Himmels vorzeitig zu verraten. Er drängte auf Vorauszahlung des Pensionspreises für mindestens drei Tage. Als ich tat, als zeige ich Interesse und nach meinem Geldbeutel in der hinteren Hosentasche griff, wuchs sein Appetit, er verlangte zur Vorauszahlung hin noch eine saftige Vergütung für den Nachweis solchen Paradieses. Ich aber steckte meinen Geldbeutel wieder ein, schritt in unweidertiger Haltung zu meinem Gepäck und nahm es mit einem raschen Griff an mich. Der Einglasträger verstellte mir mit seinem mächtigen Körper die Ausgangstür: „Oh, Signore, was denken Sie von mir, ich kann nicht dulden, was Sie denken.“ Bei dem Versuch, mich auf die Seite zu drängen, verlor das Einglas seinen Halt und fiel zu Boden, wo seine Herrlichkeit in vielen Splittern unterging. Er steigerte seinen Jammer über das zerbrochene Glück bis zur Verzweiflung und mit ihm seine Forderung auf Ersatz des Schadens. Ich legte zehn Lire auf den Tisch. Entrüstet lehnte er ab, Geschenke anzunehmen, er habe vor dem Richter einen klaren Anspruch, schrieb eine vorbereitete quittierte Rechnung, schob meinen Geldschein in die Tasche und überreichte mir die Quittung mit einer achtungsvollen Verbeugung. Als ich ihm gleichermaßen geantwortet hatte, gingen wir als Kavaliere auseinander. Wieviel Monokel er auf diesem Weg jeden Tag in Lire verwandelt, das habe ich vergessen, ihn zu fragen.

Inzwischen hatte meine Frau mit einem Droschkenkutscher Fühlung genommen und mit ihm für eine Fahrt nach einem uns empfohlenen Hotel in der Nähe des Hafens die Taxe ausgehandelt. Der Mann sah so vertrauenswürdig in die Welt, daß ich ihm, entgegen meiner Übung, seinem Wunsch entsprechend, den Fuhrlohn schon bei Beginn der Fahrt bezahlte. Wir nahmen den Weg durch die breite Hauptstraße. Wir dachten, wir könnten so am raschesten einen ersten Eindruck von der Stadt gewinnen. In Wirklichkeit nahm der Zustand des Straßenkörpers, auf dem unser Pferd dahin galoppierte, unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Von den großen Steinplatten, mit denen die Straße belegt war, waren viele gelockert, andere zertrümmert, als wären Bomben abgeworfen worden. Wir fühlten uns in steter Gefahr, es könnte das Pferd in eines der Löcher fallen, oder die Kutsche, wenn ihre Räder über den Löchern schwebten, das Gleichgewicht verlieren. Auf unseren Sitzen ständig hochgeworfen, verfluchten wir den Kutscher. Der aber lachte wie ein ausgelassener Junge, fuchtelte dauernd mit der Peitsche durch die Luft und trieb die stembelagerte Hippe immer wieder an, bis wir das Ziel erreichten.

Da waren wir auch schon in Stimmung, das Erlebnis als neapolitanische Belustigung zu nehmen und herzlich darüber zu lachen. Der Kutscher aber zeigte Lust, dem wilden Scherz noch eine Dreingabe anzuhängen. Als ich unsere Koffer von der Kutsche zu nehmen versuchte, verwehrte er es mir und machte mit dem Peitschenstiel unmißverständliche Bewegungen nach meinen Händen. „Erst bezahlen, Herr, sonst gehören mein“, verlangte er mit drohender Miene. Über meinen Einwand, schon bezahlt zu haben, lachte er: „Gilt nicht, weil sehr gefährliche Fahrt“. Mir fehlte der italienische Wortschatz für Drohungen, die einen neapolitanischen Drosch-

kenkutscher von meinem festen Willen, die Polizei zu rufen, hätte wirksam überzeugen können. Wir gingen ohne Koffer ins Hotel und überließen es dem Portier, den Streit nach ungeschriebenem neapolitanischem Kutschrecht zu schlichten. Er endete mit der Bezahlung eines Gefahrenzuschlags in Höhe der bereits beglichenen Taxe. Dem Kutscher machte seine Gaunerei noch lange Spaß. So oft wir ihm in seiner schönen Heimatstadt begegneten, begrüßte er uns vom hohen Bock herab durch Peitschenknall und Freudenschrei. Die Komik seiner Anhänglichkeit bereitete uns viel Vergnügen und brachte ihm zum Dank noch mehrere Lire ein.

DGB arbeitet beim Kirchentag mit

Bonn (epd). Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Dr. v. Thadden-Triglaw, stattete dem DGB-Vorsitzenden Christian Fette einen Besuch ab. Bei dem Gespräch, an dem von seiten des DGB auch die Vorstandsmitglieder vom Hoff und Dr. Fischer sowie von seiten des Kirchentags Generalsekretär Ehlers teilnahmen, bekundete Fette das lebhafteste Interesse des DGB an der Arbeit des Kirchentages. Nach seiner Ansprache über die Themen des kommenden Stuttgarter Kirchentages erklärte Fette die grundsätzliche Bereitschaft des DGB, an der Erörterung der die Arbeitnehmerschaft besonders berührenden sozialpolitischen Fragen auf dem Kirchentag mitzuwirken.

Dertinger läßt die Katze aus dem Sack

Berlin (UP). Der Ostzonen-Außenminister Dertinger wandte sich gegen die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur mit den westlichen Alliierten. In einer Kundgebung in Ostberlin warf Dertinger Bundeskanzler Adenauer vor, er wolle die deutsche Einheit nur mit den westlichen Alliierten. Demgegenüber habe er, Dertinger, in aller Eindringlichkeit zu erklären: „Auch nach Wiederherstellung der deutschen Einheit ist die Aufrechterhaltung ewiger Freundschaft zur Sowjetunion für uns unabänderlicher Wille. Wir bleiben der Freundschaft treu, auch wenn kein sowjetischer Soldat auf deutschem Boden mehr stehen wird.“

Schlechte Entlüftung gefährdet Schüler

Salzgitter (UP). In der von fast 1000 Kindern besuchten „Neuen Schule“ in Salzgitter explodierten mehrere Rohre einer Gasheizung. Eine Anzahl Kinder mußte mit schweren Vergiftungserscheinungen aus der Schule hinausgeschafft werden, nachdem Gas in die Klassenräume geströmt war. Die Schule wurde auf Anordnung der Polizei und der Staatsanwaltschaft sofort geräumt und geschlossen. Bereits vor einigen Tagen erlitten in der gleichen Schule 15 Kinder Gasvergiftungen. Inzwischen eingeleitete Untersuchungen hatten ergeben, daß die Abgase aus der Heizung durch den Wind in die Klassenräume zurückgedrückt worden waren. Fachleute stellten ungenügende Entlüftungsanlagen fest.

Vertrauen für Premierminister Faure

Paris (UP). Der erst 43 Jahre alte französische Premierminister Faure konnte seinen ersten Sieg in der Nationalversammlung verbuchen. Mit 292 gegen 273 Stimmen billigte die Versammlung den Gesetzentwurf über die gleitende Lohnskala, mit dem Faure die Vertrauensfrage verbunden hatte. Die französische Nationalversammlung hat 53 Milliarden Franc — rund 66 Millionen DM — zur teilweisen Deckung des jugoslawischen Außenhandelsdefizits bewilligt. Diese Mittel decken das jugoslawische Außenhandelsdefizit für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1952. Die USA und Großbritannien haben sich bereit erklärt, die Deckung des übrigen Defizits zu übernehmen. Der französische Beitrag wird in Form von Exporten nach Jugoslawien geleistet werden. Diese Lieferungen werden im Endeffekt aus MSA-Mitteln bezahlt.

Deutsche Einladung abgelehnt

Tagung des UN-Kriegsgefangenen-Ausschusses Genf (UP). Der Kriegsgefangenen-Ausschuß der UN lehnte auf seiner Schlußsitzung einen deutsch-japanischen Vorschlag ab, die beiden Staaten zu besuchen und dort Zeugnis zu vernehmen. Der Vorsitzende des Dreimänner-Ausschusses, Guerrero, erklärte, er wisse die Einladungen zu würdigen, es sei aber nicht empfehlenswert, von der objektiven und unparteilichen Methode abzuweichen, die von Anfa g an befolgt wurde. Der amerikanische Delegierte Donald Blaisdell und der japanische Delegierte Saicho Saito drückten die Hoffnung aus, daß der Ausschuß seinen Beschluß revidieren möge.

Guerrero forderte die Sowjetunion auf, sich an den Arbeiten des Ausschusses zu beteiligen, wenn dieser am 10. August wieder zusammentritt. An den Arbeiten nahmen u. a. Delegierte Deutschlands, Italiens und Japans teil, die dokumentarische Unterlagen über die vermißten und zurückgehaltenen Kriegsgefangenen beigebracht hatten.

Für die Neutralitätspolitik des finnischen Ministerpräsidenten Kekkonen hat sich jetzt auch die finnische Sozialdemokratie ausgesprochen, die bisher an Kekkonens Haltung heftige Kritik geübt hatte.

Der republikanische Senator Taft erklärte, daß er die Rüstungs- und Militärausgaben der USA von 85 auf 70 Milliarden Dollar kürzen werde falls er zum Präsidenten gewählt werden sollte.

Die USA wollen eine Militärmission nach Spanien entsenden, die Verhandlungen über ein Stützpunktabkommen aufnehmen soll.

Die UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten beendete in Rangun ihre achte Tagung, auf der neben allgemeinen Wirtschafts- und Ernährungsfragen das technische Hilfsprogramm und die Verbesserung des Lebensstandards erörtert wurden.

USA haben über 1000 Atombomben

Kritik an der Bundesregierung - Hoffnung auf deutschen Verteidigungsbeitrag

New York (UP). Die USA hätten mehr als 1000 Atombomben in massiven unterirdischen Gewölben gelagert, während die Sowjetunion über weniger als 100 solcher Bomben verfüge, erklärte der amerikanische Atomphysiker Dr. Ralph Lapp, der jahrelang am amerikanischen Atombombenprojekt „Manhattan“ arbeitete und an hoher Stelle in der Regierung tätig war, in der New Yorker Zeitschrift „Colliers“.

Die USA, schreibt Lapp, hätten schon jetzt genug große Atombomben, um die Masse der sowjetischen Industrie zu Staub und Asche zu machen. Die Gewölbe, in denen die amerikanischen Bomben lagerten, seien stark genug, um selbst einen Atombombenangriff zu überstehen. Die Ausführungen Lapps sind von der amerikanischen Atomenergiekommission und vom Verteidigungsministerium gebilligt worden.

Zu den amerikanischen Bomben gab Lapp folgende Einzelheiten bekannt: Die Bomben werden in verschiedenen Größen hergestellt und von einer bis zu fünf Tonnen wiegen. Der Uran-Kern der Bombe hat etwa die Größe eines Tennisballes. Die stärksten Bomben haben die Sprengkraft von 100 000 Tonnen TNT und können ein Stadtgebiet von über 50 Quadratkilometer verwüsten. Eine Wasserstoffbombe sei noch nicht ausprobiert worden. Atombomben im Taschenformat sind nach den Angaben Lapps nicht geplant. Der Uran-Kern einer Atombombe sei gewöhnlich klein, könne aber auch so groß wie ein Eisenschrank sein.

Das erste mit Atomenergie betriebene Kraftwerk würde nicht vor 1955 und das erste Atomflugzeug nicht vor 1960 fertig sein. Atomautomobile könnten in absehbarer Zukunft noch nicht hergestellt werden. Ein einziges Auto würde eine Ausrüstung im Gewicht von 25 Tonnen für die Atom-Antriebsanlage erfordern.

Londoner Konferenz am 16. Februar

Schuman gegen Aufnahme Deutschlands in NATO - „Angst vor deutscher Aggression“

London (UP). Die Deutschland-Konferenz der Außenminister Frankreichs, der USA und Großbritanniens wird, wie in Washington amtlich bekanntgegeben wurde, auf 15. und 16. Februar festgesetzt. Da Bundeskanzler Adenauer am 15. Februar anläßlich der Beisetzung des britischen Königs in London weilt, ist anzunehmen, daß er an den Besprechungen teilnimmt.

US-Außenminister Acheson wird wahrscheinlich vom Direktor der Abteilung für deutsche Angelegenheiten im State Department, Henry Byrond, begleitet werden. Am Mittwoch und Donnerstag wird Acheson in London mit einer Gruppe hoher amerikanischer Diplomaten konferieren, darunter Hochkommissar McCloy und voraussichtlich auch mit dem Sonderbeauftragten für das Sicherheitsprogramm in Europa, William Draper.

Wie zugleich bekanntgegeben wurde, ist die für den 16. Februar anberaumte Konferenz des Atlantikrates in Lissabon offiziell auf den 20. Februar verschoben worden.

Der französische Außenminister Schuman erklärte auf einer gemeinsamen Sitzung des Verteidigungs- und Außenausschusses der französischen Nationalversammlung, er werde sich der Aufnahme Deutschlands in die „NATO“ widersetzen, die Beteiligung Deutschlands an der Europa-Armee jedoch in vollem Umfang unterstützen. Er begründete die Stellungnahme damit, daß der defensive Charakter des Atlantikpakts sich ändern würde, wenn Deutschland als Mitglied aufgenommen würde, da Deutschland „irredentistische Ziele“ bezüglich seiner Ostgebiete verfolge, die zu den Grundlagen des Atlantikpaktes im Gegensatz stünden. Schuman betonte, daß Frankreich die Verträge über die Europa-Armee erst unterzeichnen werde, wenn die Bedingungen der deutschen Beteiligung klar festgestellt seien.

Schuman und Verteidigungsminister Bi-

Bericht über Deutschland

Der Außenpolitische Unterausschuß des US-Repräsentantenhauses veröffentlichte einen 48seitigen Bericht, der im wesentlichen die amerikanische Deutschlandpolitik unterstützt, jedoch einige kritische Betrachtungen über die Haltung der Bundesregierung einfließt. Es bestehe kein Zweifel, heißt es darin, daß sich das deutsche Volk freiwillig für einen Beitrag für die westlichen Verteidigungsbestrebungen entscheiden werde. Es sei jedoch zu bedauern, daß Deutschland und andere Nationen um der Erreichung ihrer nationalen Interessen oder Ziele willen sich auf das Feilschen verlegen. Ein solches Feilschen könnte die Chancen für wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet der europäischen Verteidigung und der europäischen Integration vermindern.

Der Unterausschuß schlägt deshalb in einem Bericht vor, daß der Vertrag über die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft jetzt abgeschlossen wird, so daß gleichzeitig damit die vertraglichen Abmachungen mit Westdeutschland von den Alliierten gebilligt werden können. Damit könne eine günstige Atmosphäre geschaffen werden, die eine gezielte Lösung aller anderen Probleme ermöglicht.

Die Höhe der amerikanischen Dollarhilfe für das kommende Finanzjahr, fährt der Bericht fort, sollte danach bemessen werden, inwieweit Deutschland in der Lage ist, diese Summe wirkungsvoll auszuwerten, um seine Verpflichtungen gegenüber der europäischen Gemeinschaft zu erfüllen.

Auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Wettbewerbs sei Deutschland gegenüber anderen Ländern im Vorteil, da es keine Verteidigungskosten zu tragen habe. Aus diesem Grunde bedürfe die Bundesrepublik auch keiner weiteren amerikanischen Hilfe. Wenn jedoch ein bedeutender Prozentsatz der deutschen Industrieproduktion für Verteidigungszwecke abgezweigt werde, könne die Bundesrepublik auch Antrag auf amerikanische Unterstützung stellen.

dault erklärten übereinstimmend, daß Frankreich den Plan der Europa-Armee nur als ersten Schritt auf dem Wege einer europäischen Union betrachte. Die Europa-Armee sei eine Notwendigkeit, um das Fernziel einer gemeinsamen politischen Organisation auf föderativer Grundlage zu erreichen.

Dagegen erklärte General Eisenhower dem Korrespondenten einer türkischen Zeitung, der Einschluß Deutschlands in die westeuropäische Verteidigungsfront sei ungeheuer bedeutend, doch sollten die europäischen Nationen im Augenblick, in dem diese Beteiligung erreicht wird, eine Garantie erhalten, daß ihnen niemals mehr eine deutsche Aggression drohe. Eisenhower vertrat weiter den Standpunkt, daß die deutsche Beteiligung nur auf der Basis der Gleichberechtigung erreicht werden könne. Sollte kein Übereinkommen über die deutsche Frage erzielt werden, so werde die Gefahr für Westeuropa sich weiter steigern, meinte der General.

10 Milliarden-Budget der NATO

Der Zwölfer-Ausschuß der Atlantikpakt-Staaten hat einen vorläufigen Entwurf des gemeinsamen Verteidigungsbudgets ausgearbeitet. In diesem Entwurf ist angegeben, wieviel jedes Land nach Ansicht des Ausschusses zu den gemeinsamen Aufrüstungskosten beitragen kann und soll. Der Ausschuß wird seinen Entwurf der Konferenz der Außenminister der Atlantikpakt-Staaten vorlegen, die voraussichtlich am 20. Februar in Lissabon zusammentritt.

Nach den vorliegenden Angaben werden die 12 Atlantikpaktstaaten im neuen Jahr rund 80 Milliarden Dollar für die gemeinsame Verteidigung aufwenden. Nahezu 90 Prozent dieser Aufwendungen kommen von den USA, Großbritannien und Frankreich. Dieses Verteidigungsprogramm ist nahezu doppelt so umfangreich wie das des Jahres 1950, in dem der Koreakrieg ausbrach.

Kanzler bei der Beisetzung König Georgs

Elizabeth II. zur Königin proklamiert - „God save our gracious Queen“

London (UP). Bundeskanzler Adenauer wird, wie hier bekannt wird, in der kommenden Woche in Begleitung von Staatssekretär Hallstein und dem Chef des Protokolls, Baron von Herwarth, nach London reisen, um am Begräbnis des britischen Königs Georg VI. teilzunehmen. Die Reise des Kanzlers erfolgt auf Grund einer Anregung aus London.

Premierminister Churchill und Außenminister Eden dankten Bundeskanzler Adenauer für die Botschaft zum Tode des englischen Königs. Eden erklärte: „Wir waren alle tief bewegt von der spontanen Anteilnahme des deutschen Volkes an unserer nationalen Trauer.“

Das schwedische und das niederländische Königspaar haben ihre Teilnahme an den Beisetzungsfestlichkeiten offiziell bekanntgegeben. Der Herzog von Windsor befindet sich bereits an Bord der „Queen Mary“ auf der Reise nach London.

In einer prunkvollen Zeremonie, die seit Hunderten von Jahren in unveränderter Form überliefert ist, wurde am Freitag Elizabeth II. zur Königin des britischen Reiches proklamiert. Vorher mußte die junge Königin im großen Saal des St. James-Palastes vor den Geheimen Staatsrat treten und schwören, das Land als „gläubige Protestantin“ und nach besten Kräften sowie unter Achtung der Gesetze zu regieren. Dann richtete sie eine kurze Ansprache an den versammelten Rat, dem Chur-

hill, Eden, Attlee, Morrison, der Erzbischof von Canterbury, Earl Mountbatten und andere hervorragende britische Persönlichkeiten angehören.

Nachdem die Königin den Eid geleistet und damit formell die Herrschaft angetreten hatte, wurde der Thronwechsel dem Volk vom Geheimen Staatsrat bekanntgegeben. Ein Herold in farbenprächtiger mittelalterlicher Tracht trat aus dem Saal auf den Balkon des Palastes. Vier Trompetenstöße kündigten der versammelten Volksmenge eine wichtige Mitteilung an. Das Gemurmel der nach Tausenden zählenden Menschenansammlung erstarb. Die Garderegimenter mit ihren mächtigen Bärenfell-Mützen und die Gardekürassiere mit ihren glitzernden Brustpanzern und Helmen, die vor dem Palast aufmarschiert waren, nahmen Haltung an, um die Bekanntmachung zu hören.

Als der Herold, umgeben von Schild- und Schwerträgern und bunt gekleideten Boten mit langen Stäben, mit erhobener Stimme den letzten Satz — „Gott schütze die Königin!“ — ausgerufen hatte, intonierte die Musik der Coldstream Guards die Nationalhymne, und die Menge vor dem Palast sang zum ersten Mal „God save our gracious Queen“. Herolde, Schildträger, Boten und Trompeter bestiegen fünf Equipagen und fuhren, von einer Eskadron Kürassiere begleitet, zum Charing Cross, wo die Verlesung

der Proklamation mit dem gleichen Zeremoniell wiederholt wurde. Am Temple Bar wurde der Zug angehalten: quer über die Straße war ein rotes Seil gespannt, denn selbst Könige dürfen die stolze City of London nicht ohne Erlaubnis des Bürgermeisters betreten. Bürgermeister Sir Leslie Byce hatte sich persönlich, von einigen Stadtdienern in historischen Kostümen begleitet, zum Temple Bar bemüht, um den königlichen Herold zu erwarten. „Wer seid Ihr, und wonach steht Euch der Sinn?“ rief der Bürgermeister, als die Equipagen vorfuhren. Die Kürassiere wichen zur Seite und gaben eine Gasse frei, durch die ein Bote des Herolds zum Bürgermeister schritt. Er erklärte, daß eine neue Königin proklamiert werden solle, und reichte dem Bürgermeister die Schriftrolle zur Prüfung. Der überflüg ihren Inhalt mit schnellem Blick und gab dann Befehl, den roten Strick zu durchschneiden, der dem Herold die Weiterfahrt verwehrt. Darauf wurde die Proklamation wieder verlesen. Schließlich fuhren Herold und Bürgermeister zusammen zur Börse, wo den freien Bürgern Londons noch einmal kundgetan wurde, daß Elizabeth II. den Thron des Reiches bestiegen habe.

Inzwischen trafen Königin Elizabeth und der Herzog von Edinburgh auf Schloß Sandringham ein, wo Georg VI. noch bis Montag aufgebahrt sein wird. Zum ersten Mal seit dem Tode ihres Vaters kam die junge Königin dort mit ihrer Mutter, ihrer Schwester Prinzessin Margaret und ihren beiden kleinen Kindern Prinz Charles und Prinzessin Anne zusammen.

Der irakische Vermittlungsvorschlag

Räumung der Kanalzonen nach zwei Jahren Kairo (UP). Der im Hinblick auf den anglo-ägyptischen Konflikt von der irakischen Regierung unterbreitete Vermittlungsvorschlag sieht eine Räumung der Suezkanalzone von britischen Truppen nach zwei Jahren vor, wie der ehemalige ägyptische Außenminister Salah el Din mitteilte. Die irakische Regierung soll außerdem vorge schlagen haben, gleichzeitig mit dem anglo-ägyptischen Konflikt auch die anglo-irakischen Differenzen aus der Welt zu schaffen. König Ibn Saud von Saudi-Arabien habe dagegen in seinem Vermittlungsvorschlag die Räumung der Kanalzonen in einem Jahr empfohlen. Außerdem hätten Italien, Spanien und Griechenland Vermittlungsvorschläge unterbreitet.

Der ägyptische Finanzminister kündigte an, die Regierung werde das Parlament ersuchen, einem Kredit in Höhe von fünf Millionen Pfund zuzustimmen, mit dessen Hilfe die Eigentümer der anläßlich der Unruhen vom 26. Januar zerstörten Geschäfte, Kinos und Hotels in die Lage versetzt werden sollen, ihre Unternehmen so schnell wie möglich wieder in Betrieb zu nehmen. Es handele sich dabei nicht um eine Entschädigung für die entstandenen Verluste, sondern um eine erste finanzielle Beihilfe.

War Sarubin Lagerkommandant?

Rästel um den Sowjetbotschafter in London Washington (UP). Der ehemalige polnische Oberst Georgi Grobicki sagte vor einem Sonderausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses aus, daß der Kommandant eines sowjetischen Gefangenenlagers, in dem 5000 später spurlos verschwundene polnische Offiziere untergebracht waren, ein Brigadegeneral namens Sarubin gewesen sei. Der Zeuge war jedoch nicht in der Lage, zu sagen, ob dieser sowjetische Lagerkommandant mit dem gegenwärtigen sowjetischen Botschafter in London identisch ist. Grobicki erklärte jedoch, er habe ein Foto des Botschafters Sarubin gesehen. Dieser sehe dem damaligen Kommandanten des Gefangenenlagers von Kozelsk tatsächlich ähnlich.

Grobicki berichtete, daß auch er selbst von Kozelsk mit anderen, später ermordeten Offizieren nach Katyn gebracht worden sei. Die Russen hätten ihn jedoch dann plötzlich ohne Angabe von Gründen aus dem Gefangenenlager herausgeholt und der polnischen Armee überstellt. Zahlreiche polnische Offiziere hätten schon vor ihm das Lager Kozelsk verlassen. Er habe nie mehr wieder von ihnen gehört.

Eine neue Verhandlungsphase

Seoul (UP). Vizeadmiral C. Turner Joy, der Chef der UN-Waffenstillstandsdelegation, hat den Kommunisten in Pan Mun Jon mitgeteilt, daß die Alliierten bereit seien, über ihren letzten Vorschlag zu verhandeln. Daraufhin wurde auf Samstag eine weitere Vollkonferenz der beiden Waffenstillstandsdelegationen anberaumt. Der kommunistische Vorschlag besagt, daß innerhalb von 90 Tagen nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandes in Korea auf höchster Ebene eine politische Konferenz über Fernostfragen beginnen solle. Die Arbeitsausschüsse haben keine wesentlichen Fortschritte erzielt. General Ridgway hat überraschend das vorgeschobene „Friedenslager“ der Alliierten bei Munsan besucht. Er kehrte inzwischen wieder nach Tokio zurück.

Hochkommissar Francois-Poncet und der französische Schriftsteller Fernand Gregh sind in die Kandidatenliste der französischen Akademie als Nachfolger für den verstorbenen Marschall Pétain aufgenommen.

Bischof Dibelius, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, wird am Dienstag in Bonn mit führenden politischen Persönlichkeiten aktuelle Tagesfragen besprechen.

In einer Schachtanlage im Aachener Revier sind zwei Bergleute tödlich verunglückt. Einer wurde vom Schlammbegraben, der zweite war das Opfer eines Steinschlages.

Zwei belgische Jagdflugzeuge stießen über einem wallonischen Dorf zusammen und fielen brennend zu Boden. Die beiden Piloten sind in ihren Maschinen verbrannt.

Umschau in Karlsruhe

Juristische Studiengesellschaft gegründet

Karlsruhe (Isw). Eine „Juristische Studiengesellschaft“ wurde von Mitgliedern des Bundesgerichtshofes einschließlich der Bundesanwaltschaft und der Rechtsanwaltschaft im Bundesgerichtshof, des Bundesverfassungsgerichtes, des Oberlandesgerichtes Karlsruhe und des württemberg-badischen Verwaltungsgerichtshofes zusammen mit den juristischen Fakultäten der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Tübingen in diesen Tagen in Karlsruhe gegründet.

Die Gesellschaft will ein Bindeglied zwischen den Juristen des südwestdeutschen Raumes sein und dieses Ziel in erster Linie durch Vorträge und Diskussionen erreichen, die den Mitgliedern fachliche Anregungen geben, ihnen die Kenntnisse und Erfahrungen der einzelnen Rechtsgruppen vermitteln und der persönlichen Fühlungnahme dienen sollen. Zu diesem Zweck ist die Bildung besonderer Arbeitsgemeinschaften vorgesehen.

Karlsruhe. Die vor dem Krieg in Baden tätige Badische Gesellschaft für Sozialhygiene soll in den kommenden Wochen in Karlsruhe wieder ins Leben gerufen werden. (Isw)

Aus der badischen Heimat

Schwiegermutter zog Strafantrag zurück

Mannheim (Isw). Als vor einem Mannheimer Gericht gerade das Urteil gegen einen „Dauergast“ wegen fortgesetzter Urkundenfälschung in Tateinheit mit Unterschlagung verkündet werden sollte, meldete sich ein Zeuge zum Wort. In der daraufhin wieder eröffneten Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß die ehemalige Schwiegermutter des 31jährigen, jetzt geschiedenen Angeklagten keine böse Schwiegermutter war, sondern ihren Strafantrag wegen Unterschlagung zurückgezogen hatte, so daß nur noch eine Bestrafung wegen fortgesetzter Urkundenfälschung in Höhe von fünf Monaten Gefängnis auszusprechen war. Die Angeklagte hatte im Zeitraum von zwei Jahren Beträge, die ihm von seiner Schwiegermutter zu Steuereinzahlungen bei der Post anvertraut worden waren, zum großen Teil für sich behalten, kleinere Summen eingezahlt und diesen Betrag nachträglich auf der Empfangsbescheinigung in Höhe des ursprünglich empfangenen betragt. Der Gesamtschaden beträgt 1090 DM. Ohne den von der Schwiegermutter als gesetzlicher Verwandter gestellten Strafantrag konnte aber eine Bestrafung wegen Unterschlagung nicht ausgesprochen werden, so daß in diesem Falle dem ungetreuen Eidam eine sehr verhältnißliche Schwiegermutter gegenüberstand.

Große US-Lagerhalle niedergebrannt

Werte von mehreren Millionen vernichtet Mannheim (Isw). Im Stadtgebiet von Mannheim ist eine Lagerhalle mit amerikanischem Heeresgut abgebrannt. Amerikanische Besatzungsangehörige schätzen den Schaden auf mehrere Millionen DM. In der Halle, die 100 Meter lang, 25 Meter breit und sechs Meter hoch war, waren amerikanische Uniformen, Schreibmaschinen, Kühlschränke, Heeresformulare und andere Gebrauchsgegenstände der Besatzungsmacht gelagert. Vier Löschzüge der US-Feuerwehr aus Mannheim und Heidelberg und zwei Löschzüge der Mannheimer Berufsfeuerwehr mühten sich mehrere Stunden, das Feuer zu bekämpfen. Als Brandursache wird angenommen, daß die Halle, die aus Holz gebaut und mit Dachpappe gedeckt war, durch einen überheizten Ofen in einem Zimmer in Brand gesetzt wurde. Die Halle befand sich auf dem von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Gelände der Stütz-Kontaktfabrik in Mannheim-Neckarau.

Mannheim. Bei den Beratschungen für die in diesem Jahr zur Entlassung kommenden Schüler im Landkreis Mannheim wurde bisher allgemein ein starker Hang zum Metallgewerbe festgestellt. (Iwb)

Ein kaltes Bad im Neckar

Heidelberg (Isw). Nicht nur bildlich und im Sprichwort kommt es vor, daß jemand „den Ast absägt, auf dem er stand“. Den Beweis hierfür erbrachte an einem der letzten Vormittage ein Meister, dessen Kolonne mit Montagetarbeiten auf einer Neckarbrücke beschäftigt war. Ein Arbeiter sollte eine überstehende Bohle absägen. Da es nicht klappte, nahm ihm der Meister schimpfend das Werkzeug aus der Hand und begann selbst zu sägen. Zweimal hin — zweimal her — und schon stürzte er kopfüber in den Neckar. Er war nämlich auf der Bohle stehen geblieben, die er absägte. Der „gemaßregelte“ Arbeiter zog seinen tiefend nassen und vor Kälte schlatternden Meister mit einiger Mühe an Land.

Heidelberger Wappentier gestorben

Heidelberg (Isw). Der einzige Löwe des Heidelberger Tiergartens, der vor knapp einem Jahr per Flugpost von London nach Heidelberg geschickt wurde, ist an Katzenstaupe gestorben. Der Löwe, der mit dem Namen Lindow gerufen wurde und bei seiner Ankunft am 1. April 1951 noch mit der Milchflasche ernährt werden mußte, war die Stütze eines Fabrikanten an die Stadt Heidelberg, die einen Löwen in ihrem Stadtwappen trägt.

Großherzogin Hilda gestorben

Die Verstorbene wurde 87 Jahre alt

Badenweiler (Isw). Die in Badenweiler lebende Großherzogin Hilda von Baden ist am Freitagvormittag gestorben. Die Großherzogin war vor einigen Tagen schwer erkrankt.

Die im großherzoglichen Palais in Badenweiler verstorbene Großherzogin Hilda von Baden stand im 88. Lebensjahr. Sie wurde am 5. November 1864 in Biebrich als Tochter des Herzogs Adolf von Nassau geboren. 1885 vermählte sie sich mit dem späteren Großherzog Friedrich II. von Baden, der von 1907 bis zu seiner Abdankung nach dem ersten Weltkrieg in Baden regierte. Großherzogin Hilda lebte seit der Abdankung ihres Gatten,

der 1928 starb, im großherzoglichen Palais in Freiburg. Nach seiner Zerstörung bei einem Luftangriff zog sie auf ihren Sommersitz nach Badenweiler. Nach dem Kriege widmete sich die Großherzogin besonders der karitativen Arbeit.

Die Trauerfeier für Großherzogin Hilda von Baden findet voraussichtlich am kommenden Mittwoch in der evangelischen Kirche von Badenweiler statt. Anschließend wird der Sarg mit den sterblichen Überresten nach Karlsruhe übergeführt, wo am Donnerstag vormittag die Beisetzung in der großherzoglichen Grabkapelle hinter dem Schloß erfolgt. In dieser Kapelle ist auch Großherzog Friedrich II. von Baden beigesetzt.

Wer stimmte für die badische Novelle?

Stuttgart (Isw). Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Maier, hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Wiedemeier, festgestellt, daß fast sämtliche CDU-Bundestagsabgeordnete von Württemberg-Baden im Bundestag für die südwestdeutsche Gesetzesnovelle eingetreten seien. Nur zwei nordwürttembergische CDU-Abgeordnete hätten sich eindeutig gegen die Novelle entschieden, die die Bildung des Südweststaates verzögern sollte.

Anlaß des Schreibens war ein Antrag der CDU-Fraktion, den zur DVP übergetretenen früheren CDU-Abgeordneten Dr. Edmund Kaufmann aus dem südwestdeutschen Ministerrat zurückzuziehen und dafür eine von der CDU zu benennende Persönlichkeit in den Rat aufzunehmen.

Die beiden nordwürttembergischen Abgeordneten, die sich gegen die südwestdeutsche Gesetzesnovelle entschieden, sind Dr. Vogel (Aalen) und Kern (Ergänzungliste). Für die Novelle stimmten die nordwürttembergischen CDU-Abgeordneten Professor Dr. Baur (Göppingen) und Dr. Brönnner (Crailsheim), sowie die nordbadischen CDU-Abgeordneten Leonhard (Karlsruhe-Land), Leibfried (Sinheim) und Wacker (Tauberbachhofheim). Bei der namentlichen Abstimmung waren abwesend die nordwürttembergischen CDU-Abgeordneten Bausch, Professor Dr. Erhard und Dr. Gerstenmaier sowie die nordbadischen Abgeordneten Professor Wahl und Neuburger.

Aus Südwürttemberg stimmten die CDU-Bundestagsabgeordneten Schuler (Calw), Gengler (Rotzweil), Bauknecht (Bibersach), Dr. Kiesinger (Teitnang), Pfender (Ergänzungliste) und Rösch (Ergänzungliste) gegen die Gesetzesnovelle. Der südwestdeutsche Bundestagsabgeordnete Dr. Weiß (Hechingen) enthielt sich der Stimme. Für die Annahme der Gesetzesnovelle traten sämtliche südwestdeutschen CDU-Abgeordneten ein. Es sind dies die Abgeordneten Schüttler (Konstanz), Hilbert (Stöckach), Schill (Südingen), Dr. Köpf (Freiburg), Rümmele (Offenburg) und Morgenthaler (Rastatt). Der südwestdeutsche Abgeordnete Höfler fehlte bei der Abstimmung.

Die Abgeordneten der SPD und der DVP/FDP Württembergs und Badens entschieden sich, soweit sie bei der Abstimmung anwesend waren, ausnahmslos gegen den südwestdeutschen Antrag. Ebenfalls dagegen stimmten der Abgeordnete der Notgemeinschaft Dr. Franz Ott (Eßlingen), der unabhängige Abgeordnete Freudenberg (Mannheim). Die kommunistischen Bundestagsabgeordneten Kohl und Strohbach stimmten für die Gesetzesnovelle.

CDU antwortet zum Fall Kaufmann

Simpfendörfer nimmt Stellung

Stuttgart (Isw). Der Landesvorsitzende der CDU in Nordwürttemberg, Landtagsab-

geordneter Simpendörfer, hat auf den Brief des Ministerpräsidenten Dr. Maier zum Fall Dr. Kaufmann geantwortet. In seiner Antwort betont Simpendörfer, nach eingehenden Verhandlungen zwischen den Regierungen von Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden sei vereinbart worden, daß vom Stuttgarter Kabinett ausdrücklich ein Vertreter der CDU für den Ministerrat benannt werden sollte, da sich sonst die Tübinger Regierung zur Entsendung von zwei CDU-Vertretern hätte entschließen müssen. Außerdem habe der Ministerpräsident ihm selbst mitgeteilt, daß die SPD unter keinen Umständen der Delegation des von der CDU vorgeschlagenen nordbadischen CDU-Landesvorsitzenden Dr. Gurk zustimmen werde, da die Benennung Dr. Kaufmanns von der SPD durchgesetzt worden sei.

Als völlig abwegig bezeichnete Simpendörfer den Hinweis Dr. Maiers, daß die Abstimmung über die südwestdeutsche Novelle im Bundestag die Lage völlig verändert habe. Der CDU-Landesvorsitzende weist darauf hin, daß die Bundestagsabgeordneten seiner Partei lediglich die sofortige Prüfung der Novelle im Rechtsausschuß gefordert hätten in der Annahme, daß die Vorlage dort abgelehnt werde. An der positiven Einstellung der CDU-Bundestagsabgeordneten Württemberg-Badens zum Südweststaat habe sich nicht das geringste geändert. Im übrigen sei es unangebracht, für die Haltung der CDU-Bundestagsabgeordneten die CDU in Württemberg-Baden verantwortlich zu machen.

Ein zweiter Entwurf

Auch Stuttgart bringt ein Überleitungsgesetz

Stuttgart (Isw). Nach der südwestdeutschen Novelle hat auch die württemberg-badische Regierung den Entwurf zu einem Überleitungsgesetz ausgearbeitet. Der Entwurf, nach dem die staats- und verwaltungsrechtlichen Verhältnisse in Südwestdeutschland für die Zeit bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung geregelt werden sollen, wird dem südwestdeutschen Ministerrat in den nächsten Tagen offiziell zugeleitet werden. In etwa 14 Artikeln wird nach dem neuen Entwurf bestimmt, daß mit der Bildung einer ersten provisorischen Regierung die jetzt bestehenden drei Länder zu existieren aufhören, und daß das Vermögen der jetzigen Länder an das neue Bundesland fällt. In anderen Bestimmungen wird festgestellt, daß die Gerichtsbarkeit in ihrem jetzigen Stand erhalten bleibt und daß ein Eid auf den Ministerpräsidenten zu leisten ist. Im übrigen werden alle die Fragen geregelt, die zum reibungslosen Lauf der Staatsmaschinerie notwendig sind.

men in den Bundestag gewählt. Richard Freudenberg hospitiert bei der FDP-Bundestagsfraktion. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Außenhandel und wurde 1950 zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Gerberverbände im Bundesgebiet gewählt.

Eine Neuordnung des Enz-Nagold-Gebietes

Pforzheim (Isw). Der „Bund zur Neuordnung des Enz-Nagold-Gebietes“ in Pforzheim ist in den letzten Tagen durch mehrere Forderungen an die künftige Gestaltung des Südweststaats zum erstenmal seit längerer Zeit wieder an die Öffentlichkeit getreten. Der Bund verlangt eine völlige Verschmelzung der jetzigen Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden im Südweststaat, wobei die Begriffe Württemberg, Baden und Hohenzollern staatsrechtlich in keiner Form mehr erscheinen dürfen. Ferner werden die Einordnung des Stadtkreises Pforzheim und aller zum Enz-Nagold-Gebiet zählenden Landkreise in einen das Enz- und mittlere Neckarland umfassenden Regierungsbezirk sowie eine neue Abgrenzung der Landkreise in diesem Gebiet entsprechend den Bedürfnissen der Bewohner empfohlen. Die von den drei Ländern im „Karlsruher Vertrag“ vorgesehene Einteilung des Südweststaats in die Regierungsbezirke Karlsruhe, Freiburg, Tübingen und Stuttgart wird von dem Bund abgelehnt, da sie praktisch die Aufrechterhaltung der derzeitigen wirtschafts-, verwaltungs- und verkehrspolitischen Verhältnisse bedeuten würde.

Aus dem Gerichtssaal

Textilgroßhandel endete mit Flasko

Karlsruhe. Ein Opfer der Zeitumstände und der Gewerbefreiheit wurde die in Ostpreußen beheimatete 26jährige Schneiderin Traute B. Sie mußte 1945 ihre Heimat verlassen und das harte Flüchtlingslos ertragen. Um sich eine Existenz zu schaffen, gründete sie ohne Kapital und bar jeglicher kaufmännischen Kenntnisse im Januar 1950 einen „Textilgroßhandel“. Die Waren vertrieb sie im Umherziehen. Von einer Reihe auswärtiger Fabrikanten und Geschäftsleute bezog sie für Tausende von DM Textilwaren, die ihr meist auf ungedeckte Schecks überlassen wurden; ihre Lieferanten brachten ihr großes Vertrauen entgegen. Die Waren bezahlte sie zum Teil überhaupt nicht oder nur soweit, um die Lieferanten zu weiteren Warensendungen zu veranlassen. Sie führte keine Bücher und hatte als Mädchen vom Land keine Ahnung von geschäftlichen Dingen, mit denen sie nie zuvor etwas zu tun hatte. Die Schulden wuchsen ihr schließlich über den Kopf. Von Gläubigern bedrängt, mußte sie am 17. Oktober den Offenbarungseid leisten. Als sie ihr Vermögensverzeichnis beschwor, verschwieg sie den Besitz einer Heiseschreibmaschine.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 20. Aug. erachtete der Staatsanwalt die Angeklagte des Meineids und fortgesetzten Betrugs für überführt. Er berücksichtigte mildernd, daß sie durch ihr Flüchtlingsgeschick und kaufmännische Unerfahrenheit in das unverantwortliche Geschäftsgeschehen hineingeraten sei. Der Strafantrag lautete auf 18 Monate Gefängnis. In vier Punkten sah das Schöffengericht den Kreditbetrug nicht als erwiesen an. Im übrigen sprach das Gericht gegen die Angeklagte wegen fortgesetzten Betrugs und Meineids sieben Monate und eine Woche Gefängnis (abzüglich ein Monat Untersuchungshaft) sowie ein Jahr Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit aus.

Gegen dieses Urteil legten die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung Berufung ein. In der Berufungsverhandlung vor der Zweiten Strafkammer Karlsruhe beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis. Das Berufungsgericht erhöhte die Strafe auf zehn Monate Gefängnis. fm.

Drei Durstige suchten Sportplatzkantine heim

Karlsruhe. Auf ihrem abendlichen Spaziergang durch die Straßen Ettlingens hatten der 20jährige aus Böhmen vertriebene Franz S., der 18jährige Werner S. aus Ettlingen und als Dritter Mann der Jugendliche Werner am 22. Oktober die Schnapsidee, nach einigen Flaschen Bier Ausschau zu halten. Werner, der jüngste, schaltete in den durstigen Gedankengängen die Bemerkung ein, er habe das Bierauto auf den Sportplatz des Fußballvereins fahren sehen. Die Dunkelheit war bereits hereingebrochen, als das hoffnungsvolle Kleeblatt nach Entkitten eines Fensters in die Kantine der Sportplatzkantine einstieg. Ihre Fahndung nach Fußballverein blieb ohne Erfolg. Als sie das Schloß des Esszimmers mit einem Pickel lahmlegten, stießen sie darin auf einige Flaschen Schnaps. Sie deckten sich mit drei Flaschen Eierlikör — für einen am Erscheinen verhinderten vierten Kameraden — einer Flasche Obstbrandwein ein. Am nächsten Abend leerten sie gemeinsam in einem Gartenläuschen die Flaschen.

Offen und freimütig gaben die beiden Sünder ihre Missetat zu. Werner hat bereits seine 14 Tage vom Jugendrichter wegen seiner diebischen Mitwirkung abbekommen. Als Motiv nannten sie ihren Durst und sie dachten sich offenbar nicht viel dabei, als sie den schweren Einbruch begingen. Vor Gericht gingen ihnen allerdings die Augen auf, als ihnen der Richter auseinandersetzte, daß ihr Kantinebesuch schon über einen Lausbubenstreich hinausging und der Staatsanwalt für die Unbetrugten die Mindeststrafe von drei Monaten beantragte. Der Verteidiger wies darauf hin, daß inzwischen der Schaden von etwa 40 DM wieder gutgemacht wurde und wollte in der Entgeißelung der sonst gut beleumdeten Angeklagten nur einen Mundraub sehen, der mit einer Geldstrafe zu ahnden wäre. Da die Angeklagten aus dem Vorsatz eines Mundraubs handelten, da sie nur Bier trinken wollten, das sie allerdings nicht fanden, wertete das Schöffengericht ihre Tat als einfachen Diebstahl mit Sachbeschädigung und verurteilte beide zu drei Wochen Gefängnis und 30 DM Geldstrafe. fm.

Wirtschaft in Kürze

Vom Beginn des Marshallplanes bis zum 31. Dezember letzten Jahres erhielt die Bundesrepublik Güter und Dienstleistungen aus dem Marshallplan in der Gesamthöhe von 1,45 Milliarden Dollar.

Die rumänische Regierung hat den Lei abgewertet. Die Abwertungssätze bewegen sich zwischen 1:100 und 1:400. Mit der Währungsreform ist auch eine allgemeine Senkung des Inlands-Preis-Niveaus verbunden.

Der Genfer Automobilkongress findet in diesem Jahr vom 20. bis 30. März statt. 44 Firmen aus 12 Staaten werden ihre neuesten Modelle zur Schau stellen.

Auf Grund besonderer Vereinbarungen wird Frankreich größere Mengen Gummiwaren, Asbesterezeugnisse und Textilien nach der Bundesrepublik liefern.

Eine österreichische Delegation wird am Sonntag zu neuen Handelsvertragsbesprechungen in Bonn eintreffen.

Gewinne ohne Risiko!

- 1) Für DM 10.- erhalten Sie bei jedem Postamt und jedem Kreditinstitut einen Baby-Bond.
- 2) 5 Jahre lang können Sie damit alle 3 Monate gewinnen:
50000.-, 25000.-, 10000.-, 1000.- oder 500.- DM.
- 3) Am 1. Sept. 1956 erhalten Sie Ihre DM 10.- zurück. Nächste Ziehung am 1. März 1952.

Wirtschafts-Nachrichten

Immer noch Requisitionsrecht

Besatzungsaufträge bald auf freier Basis?
 Von der Produktion der gewerblichen Wirtschaft der Bundesrepublik werden gegenwärtig 15 Prozent für die Ausführung von Besatzungsaufträgen in Anspruch genommen. Dies gab der Leiter der Abteilung für Besatzungsbedarf bei der Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft, Walter Knobloch, vor der Presse bekannt. Nach den Ausführungen des Sprechers belaufen sich die Anforderungen der Besatzungsmächte auf dem Sektor Eisen und Stahl im Durchschnitt auf 3,8 Prozent der westdeutschen Jahresproduktion. Bei einzelnen Blechsorten betrage der Anteil sogar bis zu 70 Prozent, wodurch eine ausreichende Versorgung des Inlandmarktes und der Exportindustrien zeitweise ernstlich gefährdet werde. Der Wert der gesamten Besatzungsaufträge an die gewerbliche Wirtschaft belaufe sich gegenwärtig auf rund 2,5 Milliarden DM, übersteige jedoch nicht den Betrag von 2,9 Milliarden DM im Jahr.

Auch heute noch müßten die Besatzungsanforderungen vor den Inlands- und Export-Aufträgen erfüllt werden. In der Praxis besäßen die Besatzungsmächte auch jetzt noch ein Requisitionsrecht. Die US-Besatzungsmacht besäße allerdings, mit Wirkung vom 15. März 1952 ihre Aufträge auch auf einer freien wirtschaftlichen Basis unter Zugrundelegung der Dollarverrechnung zu versehen.

USA-Bericht über deutschen Lebensstandard

In einem Bericht über die Bundesrepublik, den ein Unterausschuß des US-Repräsentantenhauses ausarbeitet, wird festgestellt, daß der Lebensstandard des durchschnittlichen amerikanischen Arbeiters annähernd sechsmal so hoch ist wie der seines deutschen Kollegen. Auf der Grundlage einer bestimmten Menge ein und derselben Lebensmittel, unter denen sich Milch, Brot, Zucker und Eier befinden, wird in dem Bericht die Kaufkraft des deutschen Arbeiters mit der anderer westeuropäischer Arbeiter verglichen. Danach muß ein deutscher Arbeiter um diese Lebensmittel kaufen zu können, 246 Minuten arbeiten, während ein Arbeiter in den USA hierfür nur 40 Minuten zu arbeiten braucht. Für Großbritannien würde eine Zeit von 96 Minuten errechnet, für die Schweiz 107 Minuten, für Holland 176 und für Frankreich 226 Minuten.

Der Unterausschuß habe sich nicht des Eindrucks erwehren können, so heißt es in dem Bericht, daß der Lohnempfänger nicht in dem gleichen Ausmaß an der deutschen Produktionssteigerung der letzten Jahre beteiligt sei, wie der Arbeiter in den USA. Die Verbesserung des Status des deutschen Geschäftsmannes falle dagegen überall ins Auge.

Sechs Prozent Dividende bei Brown Boveri

Die ordentliche Hauptversammlung der Brown Boveri und Cie. AG. in Mannheim billigte einstimmig den vorgelegten Abschluß für das Geschäftsjahr 1950. Es wurde die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 6 Prozent beschlossen. Die nächste Hauptversammlung soll, wie mitgeteilt wurde, voraussichtlich bereits im Juni stattfinden.

Zuchtschweineversteigerung in Mosbach

Am 26. und 27. Februar findet in Mosbach eine Zuchtschweineversteigerung statt, bei der eine große Anzahl Eber sowie tragende Saugen zum Verkauf kommen. Personen aus Sperr- und Beobachtungsgebieten ist die Teilnahme an der Versteigerung verboten. Die Versteigerung ist wie folgt: Mittwoch, den 26. Februar, Sonderauktion 13 Uhr; Donnerstag, den 27. Februar, Zuchtschweineversteigerung 10 Uhr.

Neue NOK-Zusammenkunft West-Ost

Auflage des Internationalen Olympiakomitees
 Die Nationalen Olympischen Komitees von Ost- und Westdeutschland sind vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) aufgefordert worden, Delegierte zu einer neuen Zusammenkunft mit Vertretern des Internationalen Olympischen Komitees zu entsenden. Wie von der Geschäftsstelle des IOC mitgeteilt wurde, steht diese Einladung mit der Tatsache im Zusammenhang, daß sich die beiden Komitees bisher noch immer nicht über eine gesamtdeutsche Vertretung zu den Olympischen Spielen einigen konnten. Die Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Deutschen Komitees und dem IOC soll

am 8. Februar in Kopenhagen stattfinden. Von seiten des Internationalen Komitees werden Präsident J. S. Edström und Geschäftsführer Otto Mayer teilnehmend. Bereits im vergangenen Jahr waren die Vertreter der beiden deutschen Komitees von der IOC aufgefordert worden, eine Basis für die Entsendung einer gesamtdeutschen Olympia-Mannschaft zu finden. Verschiedene zwischen den Delegierten der beiden deutschen Ausschüsse geführte Verhandlungen waren jedoch gescheitert.

Rückgang der Zuckerrübenerte

Im vergangenen Jahr sind in Nordbaden 1,3 Millionen Doppelzentner Zuckerrüben geerntet worden gegenüber mehr als 1,5 Millionen Doppelzentner im Jahre 1950. Der Ernteertrag bei Futterrüben ist im gleichen Zeitraum von 9,8 auf 5,7 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Von amtlicher Seite werden für den Rückgang der Rübenerte die durch Ernterfolge verursachten starken Schäden verantwortlich gemacht.

Frankreich schränkt Einfuhr ein

Die französische Regierung hat Einschränkungsmaßnahmen für Einfuhren aus dem Gebiet der Europäischen Zahlungsunion des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC) verfügt. Von diesen Beschränkungen sollen nur Rohmaterialien und lebenswichtige Nahrungsmittel ausgenommen sein. In einer Erklärung heißt es, die ungünstige Entwicklung der Zahlungsverhältnisse zwischen Frankreich und den anderen Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsrats habe sich zu einer Belastung der französischen Dollarreserven ausgewirkt, der nicht mehr länger zugeesehen werden könne. Zugleich mit der Einschränkung der Importe sollen die französischen Exporte nach den europäischen Ländern sowie

auch nach den mit Dollars zahlenden Gebieten gesteigert werden. Die Maßnahme Frankreichs ist auf die unerfüllten Erwartungen Frankreichs hinsichtlich der vorgesehenen Dollarhilfe zurückzuführen.

Prämienermäßigung für Kfz-Versicherung

In den nächsten Tagen wird im Bundesanzeiger die „Verordnung Nr. 732 zur Änderung der Verordnung Nr. 5130“ verkündet werden. Diese regelt die bei der Erhöhung der Prämien in der Kraftfahrhaftpflicht- und Fahrzeugvollversicherung im Jahre 1950 vorgesehene Prämien-Rückvergütung bei schadenfrei verlaufenen Verträgen. Danach können in der Kraftfahrhaftpflicht- und Fahrzeugvollversicherung Versicherungsnehmer, deren Verträge während des Kalenderjahres 1951 schadenfrei verlaufen sind, eine Prämienrückvergütung verlangen, wenn das jeweilige Versicherungsunternehmen einen technischen Überschuß von einem bestimmten Ausmaß erzielt hat. Die Verordnung schreibt im einzelnen genau vor, wie dieser technische Überschuß ermittelt und zwischen den Versicherungsnehmern und den Versicherungsunternehmen aufgeteilt werden soll.

Raiffeisen-Verband steigerte Umsatz

Der Waren-Umsatz der im „Deutschen Raiffeisenverband“ zusammengeschlossenen ländlichen Genossenschaften konnte im Wirtschaftsjahr 1950/51 von 2,3 auf 2,4 Milliarden DM gesteigert werden, wie dem nunmehr vorgelegten Jahrbuch des Verbandes zu entnehmen ist. Der Gesamtumsatz der Zentralen und der Genossenschaften betrug 6,3 Milliarden DM. Außerdem stieg der Geldumsatz der 12 ländlichen Zentralkassen von 34,1 auf 44 Milliarden. Im Jahre 1938 belief sich demgegenüber der Geldumsatz nur auf 16,5 Milliarden DM. Die Gesamteinlagen bei den ländlichen Kreditgenossenschaften betragen am 30. Juni 1951 1,2 Milliarden DM, die den Mitgliedern gewährten Kredite 762 Millionen TM. Der Präsident des

Deutschen Raiffeisenverbandes, Reichminister a. D. Dr. Hermes, befürwortete vor der Presse eine enge Zusammenarbeit der deutschen Landwirtschaft im europäischen Raum, die zu einer Vertiefung und Festigung der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit in der ganzen Welt führen müsse. Der Deutsche Raiffeisenverband sei heute die stärkste landwirtschaftliche Genossenschafts-Organisation in der Welt.

Rohstoff-Abkommen USA — England

In einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Erklärung wurde vom Weißen Haus in Washington der Abschluß eines Rohstoffabkommens zwischen den USA und Großbritannien bekanntgegeben. Unter dem Abkommen erklären sich die USA bereit, an Großbritannien in diesem Jahre eine Million Longtons Stahl zu verkaufen. Großbritannien wird dafür 55,1 Mill. Pfund (rund 24 795 metrische Tonnen) kanadisches Aluminium und 20 000 Longtons malayisches Zinn an die USA liefern. In der gemeinsamen Verlautbarung zu dem Abkommen, das während der Besprechungen zwischen Präsident Truman und dem britischen Premier Winston Churchill vereinbart wurde, werden die getroffenen Vereinbarungen als ein wertvoller Beitrag zu den Verteidigungsprogrammen der beiden Staaten bezeichnet.

Produktivitätsrat konstituiert

Im Rahmen des MSA-Programms
 Der Produktivitätsrat der Bundesrepublik trat in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das Gremium, dem neben den Bundesministern für den Marshallplan, Wirtschaft und Arbeit Vertreter der Unternehmer, Arbeitnehmer und Konsumenten angehören, soll die Bemühungen unterstützen, die Produktivität im Bundesgebiet im Rahmen des Produktivitätsprogramms der MSA (früher ECA) zu steigern. Den Vorsitz führte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dr. Ludger Westrik, da Vizekanzler Franz Böhmer und die Bundesminister Erhard und Storch durch die Sondersitzung des Kabinetts verhindert waren.

Das Produktivitätsprogramm der MSA, dem sich die Bundesregierung angeschlossen hat, soll mit Unterstützung des Produktivitätsrats anstreben: 1. Erneuerung und Modernisierung des Maschinenparks und der Förderung von Entwicklungsarbeiten und der grundlegenden Forschung; 2. Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus und die sparsamste und günstigste Verwendung knapper Rohstoffe; 3. Kostendegression bei erhöhter Auflage und Schaffung größerer Märkte durch Beseitigung der Handelschranken zwischen den einzelnen Staaten; 4. Steigerung des Arbeitsertrags.

Argentinien sucht deutsche Produkte

Das argentinische Finanzministerium bereitet zur Zeit Einfuhr-Ausschreibungen für eine größere Anzahl von westdeutschen Exportgütern im Rahmen des Handelsabkommens zwischen beiden Staaten vor. Elektro-, Fernmelde- und radio-technisches Material, Werkzeuge, Eisen, Stahl, Chemikalien, Pharmazutika, Maschinen und Ersatzteile u. a. werden zum amtlichen Wechselkurs (7,30 Peso pro Dollar) importiert. Zum freien Wechselkurs (14 Peso pro Dollar) will Argentinien neben anderen Wirtschaftsgütern in erster Linie Photo-Material, Papier, drucktechnisches Material, Präzisionsinstrumente, Fertigerzeugnisse aus NE-Metallen, Buchungsmaschinen und Kameras einführen.

Um das deutsche Vermögen in England

Der britische Handelsminister Thorpecroft beabsichtigt, einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Behandlung von deutschen Feindvermögen in Großbritannien einzubringen. Danach sollen die Besitzer von solchen deutschen Sterlingbonds, die nicht von dem früheren Deutschen Reich begeben wurden, auch nicht den Nachweis zu führen brauchen, daß sie diese Bonds am 3. September 1939 in britischem Besitz befanden. Die Anmeldung der sich aus diesen Wertpapieren ergebenden Ansprüche soll erst dann erfolgen, wenn die Durchführungsbestimmungen für die neue gesetzliche Regelung festgelegt sind.

Noch mehr Arbeitslose in der Bundesrepublik

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist im Januar erneut gestiegen. Am 31. Januar waren 1 825 407 Personen ohne Arbeit, das sind 171 854 mehr als im Dezember letzten Jahres. Am stärksten war die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Bayern (plus 53 418), Niedersachsen (plus 29 579) und Nordrhein-Westfalen (plus 27 729).

Sparkassen helfen der Landwirtschaft

364,8 Millionen DM Kredite und Darlehen

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e. V., Bonn, teilt uns mit: Neben der finanziellen Förderung von Handwerk, Handel und Gewerbe haben die Sparkassen nach der Währungsreform auch die Landwirtschaft in beträchtlichem Umfang mit Krediten und Darlehen versorgt. Nach der Repräsentativstatistik aller Kreditinstitute waren am 30. 9. 1951 an die Landwirtschaft Kredite und Darlehen in einem Gesamtbetrag von 364,8 Millionen DM oder 3,4% der gesamten Ausleihungen in Höhe von 25,71 Milliarden DM ausgeteilt. Weit mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Ausleihungen erfolgte in Form von langfristigen Darlehen (904,7 Millionen DM); die kurzfristigen Kredite betragen 304,9 Millionen DM und die mittelfristigen 51,2 Millionen DM. Die Sparkassen und Girozentralen sind an den kurzfristigen Krediten mit 30,4%, bei den mittelfristigen Darlehen mit 35,2% und bei den langfristigen Darlehen mit 36% der Gesamtausleihungen an die Landwirtschaft beteiligt.

Auf die Sparkassen entfallen mit 161,9 Millionen DM und auf die Girozentralen mit 133,3 Millionen DM zusammen allein mehr als ein Drittel der landwirtschaftlichen Kredite aller Kreditinstitute. Die Besonderheit der Sparkassenkredite liegt in der Tatsache, daß sie sowohl den kurzfristigen Betriebskredit als auch den langfristigen Anlagekredit pflegen. Die Kredithilfe der Kreis Sparkassen in den Landgemeinden für Wegobau, Meliorationen, Bau von Markthallen und Kühlhäusern sowie Schulbauten usw. ist ein wesentlicher Faktor, der gleichfalls den Interessen der bäuerlichen Bevölkerung dient. Bei den ländlichen Genossenschaften liegt ihrem Charakter entsprechend das Schwergewicht auf dem kurzfristigen Kredit, während bei den Hypothekendarlehen naturgemäß die langfristigen Ausleihungen an erster Stelle stehen. Mit einer Quote von rund 34% füllt die deutsche Sparkassenorganisation im Rahmen des Agrarkredits eine erhebliche Lücke aus und ist damit für die Landwirtschaft ein beachtlicher Helfer in ihrem Existenzkampf.

Gemeinden arbeiten mit Ueberschuß

Ausgaben und Einnahmen gestiegen

Aus den ersten vorläufigen Ergebnissen der auch im Rechnungsjahr 1950 vorgenommenen Rechnungstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebietes geht hervor, daß der Gesamtumfang der gemeindlichen Ausgaben erneut beträchtlich gestiegen ist. Die Ausgaben der Kämmereiverwaltungen haben gegenüber dem Vorjahr um rund 799 Millionen DM auf 6935 Millionen DM zugenommen. Die Bauinvestitionen (vor allem Wohnungsbau, Schulbau, Straßenbau), sonstige Investitionen (wie Fahrzeuge, Maschinen) und Grundstücke-käufe sind um 573 Millionen auf 1649 Millionen DM, die Darlehensgewährung (insbesondere für den Wohnungsbau) um 273 Millionen auf 428 Millionen DM gestiegen. Dagegen haben die persönlichen Ausgaben nur geringfügig, nämlich um 89 Millionen auf 2179 Millionen DM zugenommen.

Der Erhöhung der Ausgaben steht eine noch stärkere Steigerung der Einnahmen gegenüber. So haben sich die speziellen Zuweisungen seitens des Landes (trotz eines weiteren Rückgangs

des Kriegsfolgeschulden) insbesondere durch die Zuschüsse zum Schulbau und vor allem zum Wohnungsbau um 95 Millionen auf 1285 Millionen DM erhöht. An Schuldentilgungen standen aus Kreditmarktmitteln und aus den über die Gemeinden selbstierten Landdarlehen für den Wohnungsbau 625 Millionen oder 336 Millionen mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Am stärksten haben sich die übrigen speziellen Deckungsmittel erhöht, und zwar um 433 Millionen auf 1838 Millionen DM. Hieran sind vor allem die Gebühreneinnahmen der öffentlichen Einrichtungen beteiligt. Unter den allgemeinen Deckungsmitteln im Gesamtbetrag von 3463 Millionen DM fallen die Steuern mit 2542 Millionen und die Überschüsse der wirtschaftlichen Unternehmen mit 262 Millionen DM ins Gewicht. Trotz der höheren Ausgaben schließen die gemeindlichen Rechnungen in ihrer Gesamtheit mit einem Überschuß von 100 Millionen DM ab, wobei 73 Millionen DM noch nicht verausgabte Mittel der außerordentlichen Rechnung nicht berücksichtigt sind.



ROMAN VON HARALD BAUMGARTEN
 Copyright by Carl Duncker, Berlin,
 durch Verlag v. Gröber & Görg, Wiesbaden

(7. Fortsetzung)

Heute ganz früh hatte man ihn aus seinem Wagen geholt. Ein Beamter hatte ihn vernommen. Er habe doch im Rundgang gestanden, als die Schwestern Jungheff arbeiteten. Ob er denn nichts bemerkt habe?

Die Vernehmung hatte im Salonwagen des Direktors stattgefunden, und der Direktor hatte ihn mit seinen strengen, dunklen Augen angesehen.

Willi schluckte ein paarmal. Wie — hätte er vielleicht aussagen sollen, daß er die Schimpansen immer festband und allein ließ, um sich im Vorhang zu verstecken und sich Jettas Salto anzusehen? Das wäre das Ende gewesen!

Lene krank und er selbst pflichtvergessen! Oh — der Herr Direktor hätte ihn auf der Stelle entlassen. So hatte er ausgesagt, daß er mit Lene im Rundgang gestanden habe und sonst niemand dagewesen sei.

Ein Fräulein überließ den Zwerg, obwohl sein Kopf brannte. Sein ganzer kleiner Körper war von Unruhe erfüllt, als säße er in einem Gestrüpp von Brennnesseln. Er äugte über die Brustung der Loge.

Die Artisten saßen auf den Stühlen des Parketts. Der Clown Valenci hatte neben der Kassiererin in der ersten Reihe Platz genommen. Nun klappten alle Sitze. An der Seite des Direktors Straßbeck betrat Orlando das Zeit.

Die Stimme des Direktors füllte das weiße Chapiteau. „Herr Orlando ist aus der Haft entlassen worden, seine völlige Unschuld hat sich herausgestellt.“ Fest legte er die Hand auf Orlando's Schulter. „Auch der Kutscher Cestnick ist wieder bei uns. Die Polizei hat eingesehen, daß keiner von Zirkus einer solchen Tat fähig ist.“ Straßbeck warf den Kopf in den

Nacken, so daß die dunklen, halblangen Haare flogen. „Die Probe geht weiter.“ Er drehte sich um und ging hinaus. Es war geradezu ein feierlicher Akt — die Rehabilitation der Kollegen.

Im nächsten Augenblick wirbelten schon wieder die bunten Bälle des Jongleurs Ericson durch die Luft, stemmte der Kraftmensch seine gewaltigen Hanteln.

Fräulein Stemmler kam mit schnellen Schritten auf Orlando zu. Sie faßte beide Hände des Reiters und drückte sie in ihrer überschweblichen Art. „Ich bin so glücklich, Orlando. Ich hatte wirklich Angst um Sie.“

„Schon gut, Fräulein Stemmler“, unterbrach er sie und sah zu, wie jetzt Cestnick den Reppan Odin nun Auftritt führte.

Die Kassiererin ließ sich durch Orlando's Kargheit nicht einschüchtern. „Kommen Sie mit zu Valenci!“ hat sie, und Tränen glitzerten in ihren kurzschichtigen Augen. „Sie müssen hören, sie müssen hören, was ich erlebt habe. Es war interessant. Mein Leben vergesse ich die Viertelstunde nicht, als ich auf dem Gang vor dem Zimmer sechsundneunzig saß und auf meine Vernehmung wartete.“

Valenci winkte zu Orlando hinüber. „Komm doch, Peter“, rief er, „wer kann Fräulein Stemmler widerstehen?“

Die anderen Artisten und das Stallpersonal verließen sich allmählich.

Mit einem erzwungenen Lächeln folgte Orlando dem Wink Valencis. Noch immer trug er die Erschütterung in sich, daß Thomas für ihn eingetreten war. Der Freund, an dem er so schlecht gehandelt hatte. Nun war es aus zwischen ihm und Viktoria! Morgen brach der Zirkus Straßbeck sein Zelt ab. Es ging nach Berlin. Wie gut!

„Da sind Sie ja wieder!“ Das zerfurchte Gesicht Valencis verzog sich.
 Ein kräftiger Händedruck. „Grüß Gott, alter Valenci. Ich danke euch allen.“
 Ironisch funkelten die Augen des dummen August hinter den dicken Brillengläsern.
 „Ich weiß nicht, ob du Grund hast, Peter. Ich mußte dem Kriminalrat die alte Geschichte aus Neapel berichten“, bekannte Valenci.

Resigniert ließ sich Orlando auf einen Stuhl nieder. „Jeder muß aussagen, was er weiß“, erwiderte er abwesend.

Die Stemmler schlopfte tief Atem. „Mir verdankt man es, wenn man jetzt den wahren Schuldigen findet. Ja — das kann ich wohl als mein Verdienst in Anspruch nehmen. Also, ich wurde bestellt. Ich sollte versuchen, den Mann zu identifizieren, der am Montagabend so spät eine Einlaßkarte verlangt hatte. Ich sitze auf dem Gange. Da kommt tatsächlich der Mann. Ich springe auf und rein in das Zimmer. Er ist es, Herr Kriminalrat! Ich erkannte ihn sofort wieder. Mein berühmtes Gedächtnis! Ich kann euch sagen, der Kriminalrat fiel aus allen Wolken. „Ich bewundere Sie, Fräulein Stemmler“, sagte er. „Und nun setzen Sie sich wieder auf den Gang und beobachten Sie den Mann. Nur Sie können ihn überführen. Sie haben gewiß ein großes schauspielerisches Talent! Ich also wieder hinaus auf den Gang und sehe den Mann nur an. Er erblicke und zitterte unter meinen Blicken. Uebrigens hatte er ein merkwürdiges Frauenzimmer bei sich. Plötzlich geht die Tür von Nummer sechsundneunzig auf, und ein Beamter ruft durch den ganzen Flur...“ Die Kassiererin stockte. „Herrgott nochmal — wie war der Name? Ich kann ihn doch unmöglich vergessen haben — bei meinem Gedächtnis... Ich habe es Alette Edzard! — rief der Beamte. Ein eigenartiger Name, nicht wahr?“

Orlando hatte die Augen geschlossen, als quäle ihn die aufregende, schwatzende Stimme. In seinem Hirn bobten nur die Gedanken: Thomas und Viktoria.

Valenci aber nahm seine Brille ab. „Alette Edzard — Alette Edzard...“ — wiederholte er nachdenklich. „Haben Sie sich auch nicht verhörrt? Hieß die Dame wirklich so?“

„Natürlich hieß sie so. Aber eine Dame war es bestimmt nicht, lieber Valenci!“ Gekränkt über Orlando's Teilnahmslosigkeit hatte sich die Stemmler erhoben. „Ich weiß auch nicht, was sie mit der Sache zu tun haben soll. Warum die Polizei überhaupt immer noch Geschichten macht. Ich habe ja schließlich den Mörder festgestellt. Niemand kann es sonst sein als

der Seemann. Ich habe schon mit Herrn Direktor gesprochen. Man muß unbedingt die Kontrolle verschärfen. Es geht nicht an, daß sich Mörder heimlich in unser Zelt stellen.“

Sie blickte auf ihre Armbanduhr und stieß einen kleinen Schrei aus. „Ich muß an die Kasse. Gott — wird das ein Ansturm geben zur morgigen Abschiedsvorstellung. Heute kleben schon die Plakate, daß Sie wieder reiten, Herr Orlando!“ Sie lief davon, dicht am roten Ring entlang.

Bockend, den Kopf schüttelnd und nach hinten aussehend, wurde der Rappe Odin von Cestnick herangeführt. Der Stallmeister kam mit zwei Burschen und stellte die hohe Hürde auf.

„Bitte, Herr Orlando!“ rief er zu dem Reiter hinüber, der sich sofort erhob.

XVIII.
 Zur gleichen Zeit, da Direktor Straßbeck mit Orlando das Chapiteau betrat, klingelte das Telefon im Büro der Firma Holten am Rödingmarkt.

Das Bürofräulein erwiderte auf die Anfrage nach Herrn Dr. Holten, daß der Juniorchef im Hafen, auf dem Dampfer „Livorno“, sei.

Der Anrufer entgegnete, daß er bitte, dann den Herrn Prokuristen auf seinen Besuch vorzubereiten. Sein Name sei Riedler.

Ja, Herr Prokurist Nöldecke sei im Büro. Wann der Herr kommen werde? In einer kleinen Viertelstunde, war die Antwort.

Das Fräulein legte auf und meldete dem Prokuristen den bevorstehenden Besuch; Nöldecke hörte den Namen verwundert und stellte fest, daß es sich um keinen ihm bekannten Kunden handelte.

Als der Kriminalrat nach einer Viertelstunde die Halle des Hauses Holten betrat, die förmlich Solidität, Sauberkeit und geschäftliche Ehrbarkeit ausstrahlten schien, schickte er dem Prokuristen Nöldecke seine Karte hinein.

Die Tür öffnete sich und Nöldecke sah ziemlich ratlos den Besucher an.

(Fortsetzung folgt)